

## Offener Brief an den Regierungsrat des Kantons Bern

Sehr geehrte Damen und Herren

Ich schreibe Ihnen heute nicht nur als Präsidentin von GastroBern, sondern auch als Wirtin, die seit 33 Jahren selbständig ist.

Die Bekanntgabe der Kriterien für die Härtefallhilfe für Unternehmen im Zusammenhang mit den behördlichen Einschränkungen von Covid-19 machen mich traurig, deprimiert, aber auch wütend.

Es wird kaum ein Betrieb geben, welcher diese Kriterien erfüllt, zumal bei einem Umsatzrückgang von 40% und mehr zum Schluss noch die Kurzarbeitsentschädigung, die ausbezahlt wurde aufgerechnet wird.

Ich kann das beim besten Willen nicht verstehen! Frau Bundesrätin Sommaruga betonte wiederholt, dass es jetzt alle Bürgerinnen und Bürger brauche und jetzt alle bereit sein müssten zu verzichten. (Liebe Regierungsräte: Wie viele Mitarbeitende Ihrer Ämter - einschliesslich aller Experten und Taskforce-Mitglieder – mussten im letzten Jahr auf einen Teil ihres Lohnes verzichten?). Was im Moment geschieht, hat mit Solidarität gar nichts zu tun – es ist vielmehr das Gastgewerbe, auf dessen Buckel die Krise zum grossen Teil ausgetragen wird.

Dabei geht es nicht mal um den ersten Lockdown. Diesen konnte die Branche alles in allem noch relativ gut verkraften. Dies dank einem Super-Sommer, in welchem viele Wirte (auch wir) auf Betriebsferien verzichtet haben, obwohl unsere Mitarbeitenden trotz Zwangsschliessung alle Ferientage noch zugute hatten. Wir haben gezeigt, dass es uns Ernst ist und wir unsere Betriebe wieder auf Kurs bringen wollten. Das ist vielen von uns auch gelungen und zahlreiche Betriebe, vor allem auf dem Land und in den Tourismusgebieten, konnten einen Teil der Verluste wieder wettmachen. Anzumerken ist allerdings, dass dies für die Städte nicht gilt: dort hielt der dramatische Umsatzrückgang auch im Sommer an.

Nun der zweite Lockdown: Uns wird versprochen, dass man uns unterstützt! Was aber jetzt mit der «Härtefallhilfe» angeboten wird, ist ein Affront unserem Gewerbe gegenüber. Der Kanton Bern beruft sich auf den Bund. Jeder Kanton kann aber bekanntlich selber zusätzliche Massnahmen ergreifen, wie dies z.B. der Kanton Aargau gemacht hat. Wo bleibt die Solidarität des Kantons gegenüber unserem Gewerbe? Natürlich ist es nicht einfach, allen gerecht zu werden – das ist klar. Und doch: Eine pragmatische und unkomplizierte Lösung wäre es sicherlich, wenn der Staat eine definierte Beteiligung an den Fixkosten übernehmen würde. Damit wäre allen geholfen und eine gerechte Verteilung garantiert, unbesehen davon, ob ein Wirt nun Pächter oder Eigentümer seines Betriebs ist.

Die Schweiz ist nach Luxemburg das zweitreichste Land der Welt, der Kanton Bern ist einer der reichsten Kantone der Schweiz. Zum ersten Mal in meinem Leben schäme ich mich Schweizerin und Bernerin zu sein!

Ihr lasst ein Gewerbe wissentlich sterben!

Ich fordere den Kanton Bern auf, die Kriterien für Härtefallhilfe spezifisch für das Gastgewerbe anzupassen und zwar zeitnah! Und versteckt Euch nicht hinter mangelnden gesetzlichen Grundlagen. Wenn diese fehlen, sind sie umgehend zu schaffen!

Eveline Neeracher

Präsidentin GastroBern  
Wirtin Gasthof Sternen, Thörishaus

Für die Beantwortung von Fragen stehe ich gerne zur Verfügung:  
[eveline@neeracher.be](mailto:eveline@neeracher.be) / Tel. 079 658 64 26